

Niederschrift

der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.02.2025

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,

Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn:

17:01 Uhr

Ende:

19:12 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses:

Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses:

Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiter:

Herr Mroß

Schriftführer:

██████████

Tagesordnung:

- | I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen-
Nummer |
|------|--|------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 3.1. | Beauftragung des Unterausschusses "Kindertageseinrichtungen" - Fachberatung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen - Fortschreibung des Konzeptes für den Zeitraum vom 01.08.2025 bis 31.07.2028
BE: Leiter des Jugendamtes | 0406/25 |
| 4. | Genehmigung der Niederschriften | |
| 4.1. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 14.11.2024 | |
| 4.2. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 16.01.2025 | |

- | | | |
|------|--|----------------|
| 5. | Einwohnerfragestunde | |
| 6. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 6.1. | Förderrichtlinien der Landeshauptstadt Erfurt für den Bereich Jugendhilfe
BE: Leiter des Jugendamtes | 1677/24 |
| 6.2. | Finanzierung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) beim Stadtjugendring Erfurt
BE: Herr Fuchs, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 0315/25 |
| 6.3. | Integrierte Jugendhilfeplanung
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 0316/25 |
| 6.4. | Beschluss zur öffentlichen Auslegung der Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2026
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 0317/25 |
| 6.5. | Änderung der Besetzung für die Fraktion Die Linke im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen"
BE: Frau Maurer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses | 0374/25 |
| 6.6. | Förderung von ThEKiZ-Standorten in Erfurt 2025
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 0375/25 |
| 7. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 7.1. | Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2084/24 |

7.1.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2084/24 - Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt	0101/25
7.2.	Prioritätensetzung Sanierung Jugendhäuser BE: Leiter des Jugendamtes hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr	2410/24
7.2.1.	Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 2410/24 - Prioritätensetzung Sanierung Jugendhäuser	0562/25
7.3.	Aktionsplan Kinderarmut BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	2524/24
7.4.	Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk "Kinderfreundliche Kommunen" BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	0416/25
7.4.1.	Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 0416/25 - Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk "Kinderfreundliche Kommunen"	0561/25
8.	Festlegungen des Ausschusses	
8.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.01.2024 zum TOP 7.1 (Drucksache 2765/23) - Abschaffung des Einsatzes von Eigenmitteln gemäß Förderrichtlinie (...) - hier: Überarbeitung der Förderrichtlinien im Bereich der Jugendhilfe BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	0172/24
9.	Informationen	
9.1.	Anfrage zu den Verpflegungspauschalen der Träger Fragesteller: Frau Reißig Cajamarca, beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	2078/24

- 9.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes

- 9.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder und alle Gäste. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Sitzungsbeginn waren 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verabschiedete Herr Mroß den langjährigen Referenten des Jugendhilfeausschusses, Herrn Selig, und dankte ihm für die Zusammenarbeit sowie verwaltungstechnisch reibungslose Abwicklung der Sitzungen. Zugleich hieß er die nun zuständige Referentin, Frau Reuter, im Gremium willkommen.

Anschließend wurde das Wort an den Leiter des Jugendamtes, Herrn Trier, übergeben, der im Namen der Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit sowie des Jugendamtes dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, zum Geburtstag gratulierte und die besten Wünsche für das neue Lebensjahr überbrachte.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen zwei schriftliche Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Wie der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, bekannt gab, wurde die dringliche Aufnahme der Drucksache 0406/25 – Beauftragung des Unterausschusses "Kindertageseinrichtungen" - Fachberatung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen - Fortschreibung des Konzeptes für den Zeitraum vom 01.08.2025 bis 31.07.2028 – beantragt. Da keine Begründung der Dringlichkeit gewünscht war, ließ er über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Drucksache wurde mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit aufgenommen und unter dem Tagesordnungspunkt 3 – Dringliche Angelegenheiten – behandelt.

Weiterhin schlug der Vorsitzende, Herr Mroß, vor, den TOP 8.1 – Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.01.2024 zum TOP 7.1 (Drucksache 2765/23) - Abschaffung des Einsatzes von Eigenmitteln gemäß Förderrichtlinie (...) - hier: Überarbeitung der Förderrichtlinien im Bereich der Jugendhilfe – gemeinsam mit dem TOP 6.1 (Drucksache 1677/24) – Förderrichtlinien der Landeshauptstadt Erfurt für den Bereich Jugendhilfe – zu behandeln. Dagegen bestand kein Widerspruch.

Auf Nachfrage, ob weitere mündliche Anträge gestellt werden, meldete sich Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Wort, und beantragte die Tagesordnungspunkte 7.1 – Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt (Drucksache 2084/24) – und 7.3 – Aktionsplan Kinderarmut (Drucksache 2524/24) – aufgrund der Anwesenheit von Gästen nach dem Tagesordnungspunkt 3 – Dringliche Angelegenheiten – zu behandeln.

Abstimmungsergebnis

Ja 12 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0.

Da weitere Anträge ausblieben, ließ der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, über die zuvor geänderte Tagesordnung wie folgt abstimmen: **Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0.**

bestätigt mit Änderungen

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. Beauftragung des Unterausschusses "Kindertageseinrichtungen" - Fachberatung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen - Fortschreibung des Konzeptes für den Zeitraum vom 01.08.2025 bis 31.07.2028 0406/25**
BE: Leiter des Jugendamtes

Von Seiten der Ausschussmitglieder bestand kein Diskussionsbedarf.

beschlossen

Beschluss

Der Unterausschuss „Kindertageseinrichtungen“ wird beauftragt auf der Grundlage eines Entwurfs der Verwaltung des Jugendamtes die Fortschreibung des Konzeptes zur Fachberatung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen für den Zeitraum vom 01.08.2025 bis 31.07.2028 zu erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

4. Genehmigung der Niederschriften

- 4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 14.11.2024**

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 7.3 aufgerufen.

Es lagen weder schriftliche noch mündliche Einwände vor.

genehmigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

**4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
16.01.2025**

Es lagen weder schriftliche noch mündliche Einwände vor.

genehmigt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde lagen keine Fragestellungen vor.

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

**6.1. Förderrichtlinien der Landeshauptstadt Erfurt für den Be- 1677/24
reich Jugendhilfe
BE: Leiter des Jugendamtes**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, wies darauf hin, dass die Drucksache, wie unter dem Tagesordnungspunkt 2 – Änderungen zur Tagesordnung – bestätigt, gemeinsam mit dem TOP 8.1 behandelt wird.

Frau Pleitz (Vertreterin des Stadtjugendrings) bedankte sich für die umfangreichen Ausarbeitungen und stellte den Antrag auf Vertagung bis zur Anhörung der AG nach § 78 SGB VIII, da es bei den Änderungen der Förderrichtlinien noch offene Fragen gebe.

Hierzu erfolgte keine Gegenrede. Sodann stellte der Vorsitzende, Herr Mroß, den Vertagungsantrag wie folgt zur Abstimmung: **Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0.**

vertagt

- 6.2. Finanzierung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) beim Stadtjugendring Erfurt 0315/25
BE: Herr Fuchs, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Mangels Wortmeldungen wurde sofort zur Abstimmung übergegangen.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Erhöhung der Sachkosten des Stadtjugendring Erfurt um 3.480,00 Euro auf insgesamt 11.428,60 Euro.

- 6.3. Integrierte Jugendhilfeplanung 0316/25
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Frau Fischer (Vertreterin der Fraktion CDU) hinterfragte mit Blick auf die Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses vom 10.01.2025 die neuerliche Diskussion zur Unterausschussstruktur. Es bestand in der dortigen Beratung ein überwiegender Konsens, einen großen, fachlich untergliederten Unterausschuss einzurichten, dessen Zusammensetzung durch die Stadtverwaltung zeitnah vorgestellt wird.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, gab zu bedenken, dass in der Klausurtagung lediglich ein Stimmungsbild samt unverbindlicher Abstimmung abgefragt wurde. Nach seiner Auffassung gehöre die fachpolitische Debatte in den öffentlichen Raum des Jugendhilfeausschusses. Auf der Grundlage einer durch die Stadtverwaltung vorgelegten Konzeptionierung soll die praktikabelste Arbeitsstruktur abgewogen werden. In diesem Zusammenhang bedauerte er ausdrücklich die verzögerte Einsetzung der Unterausschüsse.

In den anschließenden Ausführungen von Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt), Frau Trautwein (Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt) und Herrn Fuchs (Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt) wurde auf die künftige Arbeitsweise anhand der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Synchronisation der Zeitpläne unter fachlicher Begleitung der geltenden Förderpläne, die tatsächliche Vorlage des in Rede stehenden Konzeptes und mögliche Synergieeffekte Bezug genommen.

Weitere Wortmeldungen bzw. Anträge lagen nicht vor. Demnach bat der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, um das Votum zur Drucksache.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt bekennt sich zukünftig zu einer Integrierten Jugendhilfeplanung. Die Förderpläne: Jugendförderung, Familienförderung und Hilfen zur Erziehung werden harmonisiert und in einer Integrierten Jugendhilfeplanung zusammengeführt, um Synergieeffekte zu erreichen.

02

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept und einen Zeitplan zur Erarbeitung der Integrierten Jugendhilfeplanung, der die Laufzeiten der bisherigen Förderpläne angemessen berücksichtigt.

03

Das Konzept zur Arbeitsweise und der Zeitplan zur Einrichtung werden bis Ende des 2. Quartals 2025 im Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorgelegt.

04

Anschließend erfolgt durch den Jugendhilfeausschuss die Beschlussfassung zu einer begleitenden Arbeitsstruktur eines oder mehrerer Unterausschüsse sowie der konkreten Aufgaben und Aufträge.

- 6.4. **Beschluss zur öffentlichen Auslegung der Bedarfsplanung 0317/25**
 Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den
 Zeitraum vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2026
 BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertagesein-
 richtungen
 hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend
 und Gesundheit

Es bestand kein Aussprachebedarf, sodass der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, unverzüglich über die Drucksache abstimmen ließ.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, den in der Anlage¹ befindlichen Entwurf der Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege, gültig für den Zeitraum vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2026, öffentlich auszulegen.

- 6.5. Änderung der Besetzung für die Fraktion Die Linke im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen" 0374/25
BE: Frau Maurer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Es wurden keine Wortmeldungen angezeigt.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Besetzung der Fraktion Die Linke im Unterausschuss „Kindertageseinrichtungen“ wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
neu: Frau Katja Maurer alt: N.N.	neu: Herr Paul Gruber alt: N.N.	N.N.

- 6.6. Förderung von ThEKiZ-Standorten in Erfurt 2025 0375/25
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Hinsichtlich der Divergenz zwischen der Antragssumme i. H. v. 261.108,89 EUR und der Fördermittelverteilung i. H. v. 150.000 EUR bat der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, um Einordnung der gesetzten Prioritäten.

¹ Die Anlage des Beschlusses liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Die zuständige Abteilungsleiterin des Jugendamtes ging auf das Bekenntnis des Unterausschusses ein, nicht nur einige wenige Einrichtungen zu fördern, sondern wie im Vorjahr möglichst viele Akteure an der Landesstrategie zum Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren teilhaben zu lassen. Trotz der begrenzten Mittelverfügbarkeit gelang es trägerübergreifend elf Kitas von der Philosophie zu überzeugen. Zudem wurde in der Sitzung des Unterausschusses die Verwaltung des Jugendamtes beauftragt, die Projekte darzustellen, die mit den bewilligten Fördersummen (im Sozialraum, mit dem Fachpersonal, mit den Familien usw.) umgesetzt wurden.

Der Vorsitzende, Herr Mroß, erachtete die Abwägung anhand der Antragskriterien für schlüssig und befürwortete die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form. Als weitere Wortmeldungen ausblieben, stellte er die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Förderung der ThEKiZ-Standorte in Erfurt wird entsprechend der Anlage I² auf der Grundlage des Bewilligungsbescheides des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ) sowie der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für das Haushaltsjahr 2025 in Höhe von 150.000,00 EUR beschlossen.

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 7.1. Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für 2084/24
die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend
und Gesundheit**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemäß dem TOP 2 – Änderungen zur Tagesordnung – vorgezogen und nach dem TOP 3 – Dringliche Angelegenheiten – aufgerufen.

Wie der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, ausführte, lag mit der Drucksache 0101/25 ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Zudem wies er darauf hin, dass die Stellungnahme des Jugendamtes zum Änderungsantrag im Wortlaut identisch ist, jedoch mit dem Prüfauftrag nun die rechtliche Zulässigkeit des Antrags gegeben sei.

Weiterhin wurde den Ausschussmitgliedern durch den Einreicher ein Schreiben einer freiberuflichen Hebamme zur Verfügung gestellt, das als Tischvorlage auslag. Hierzu wurde eine zweite Stellungnahme der Stadtverwaltung als Tischvorlage verteilt.

² Die Anlage I des Beschlusses liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Zunächst wurde durch Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu diesem Tagesordnungspunkt das Rederecht für die Hebamme beantragt und in der folgenden Abstimmung mit **Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0** erteilt.

Als der freiberuflichen Hebamme das Wort übergeben wurde, stellte sie sich, ihren Werdegang und das Berufsbild der Familienhebamme ausführlich vor. Ergänzend zu ihrem Schreiben berichtete sie von themenbezogenen Schwachstellen im Bereich der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit. Mit Verweis auf die vorgeschlagene Etablierung von Hebammen-Ambulanzen soll den Schwerpunkten Stillberatung, Stillbegleitung und Schwangerschaftsvorsorge mittels niedrigschwelliger Anlaufstellen und einer frühzeitigen Wahrnehmbarkeit eine angemessene Bedeutung im öffentlichen Raum beigemessen werden. Sie betonte, dass Hebammenhilfe von jeder schwangeren, gebärenden oder entbundenen Frau als Versicherungsleistung der Krankenkasse in Anspruch genommen werden kann. Damit einherginge die flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfen sowie die Koordination der Bedarfslagen durch die Einsetzung einer Stillbeauftragten.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, zollte der freiberuflichen Hebamme Respekt für ihren Berufsstand und stellte die Wichtigkeit des Engagements für Erfurter Familien heraus. In diesem Kontext merkte er an, dass im Rahmen des Netzwerks „Frühe Hilfen“ verwaltungsseitig bereits ein breites Hilfs- und Beratungsangebot besteht. Ungeachtet der Möglichkeit weitere Verbesserungspotenziale in dem Bereich zu ergründen, beispielhaft nannte er den Willkommensgruß des Oberbürgermeisters an Eltern eines Neugeborenen, kündigte er an, der Drucksache in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen.

Mit Verweis auf die Stellungnahme des Personal- und Organisationsamtes zum Beschlusspunkt 01 fügte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) an, dass das Zertifikat „stillfreundliche Kommune“ Ausdruck einer funktionalen Angebotsstruktur zur Stillförderung sei. Insbesondere im Vergleich zu den anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten nähmen die umfassenden Unterstützungsleistungen des Jugend- sowie des Gesundheitsamtes eine Vorreiterrolle ein.

Im Ergebnis der Diskussion zog Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Beschlusspunkt 02 zurück. Damit wurde der Beschlusspunkt 03 neuer Beschlusspunkt 02.

Aufgrund dessen, dass keine weiteren Wortbeiträge geäußert wurden, brachte der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, die Drucksache 2084/24 in Fassung des Änderungsantrags (Drucksache 0101/25) und der vorgenannten mündlichen Änderung der Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja 1 Nein 4 Enthaltung 8 Befangen 0

abgelehnt

- 7.1.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2084/24 - Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt** 0101/25

siehe Tagesordnungspunkt 7.1

Anschließend wurde mit dem Tagesordnungspunkt 7.3 fortgefahren.

abgelehnt

- 7.2. **Prioritätensetzung Sanierung Jugendhäuser** 2410/24
BE: Leiter des Jugendamtes
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Die Drucksache wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.1 aufgerufen.

Der Vorsitzende, Herr Mroß, wies auf seinen Änderungsantrag in Drucksache 0562/25 hin, der als Tischvorlage im Sitzungssaal verteilt wurde.

Frau Fischer (Vertreterin der Fraktion CDU) zeigte sich erleichtert, dass die Sanierungsliste nun vorliegt. Sie erkundigte sich nach einem abschätzbaren zeitlichen Umsetzungsrahmen sowie hinsichtlich des Sachstandes der laufenden Maßnahmen am Jugendhaus Maxi und Freizeittreff Stotternheim.

Nach Aussage von Herrn Ott (Leiter des Amtes für Gebäudemanagement) kann keine zeitliche Einordnung der Gesamtliste vorgenommen werden. Die Gebäudeunterhaltung betrifft alle städtischen Objekte und steht unter dem Vorbehalt der personellen und finanziellen Kapazitäten. Das investive Sanierungsgeschehen erfolgt nach Maßgabe des beschlossenen Haushaltsplanes. Bezugnehmend auf das Jugendhaus Maxi liegen der Stadtverwaltung Studienergebnisse vor, in denen die Schwerpunkte Barrierefreiheit, Brandschutz sowie Nutzungsmöglichkeiten, auch in Verbindung mit den Bedarfen der angrenzenden Grundschule 1 (Johannesschule), betrachtet werden. Auf dieser Grundlage werden in einem weiteren Schritt die Entwurfsplanung und die Mittelanmeldung zum Haushaltsentwurf 2026 vorbereitet. Für den Freizeittreff Stotternheim wurde bereits ein Gutachten beauftragt. In Abhängigkeit der Zustimmung des zuständigen Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und der Bewilligung des entsprechenden Bauantrages soll noch im laufenden Jahr mit der Projektumsetzung begonnen werden.

In Bezug auf die Nachfragen von Herrn Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) zum angezeigten Investitionsvolumen im Jugendhaus Wiesenhügel und der Berücksichtigung in städtebaulichen Förderprogrammen sagte Herr Ott (Leiter des Amtes für Gebäudemanagement) eine Beantwortung in Zusammenarbeit mit dem für Städtebau zuständigen Fachamt zu. Hierzu wurde nachfolgende Festlegung zu Protokoll genommen:

Drucksache 0590/25	<p>Das Jugendhaus Wiesenhügel liegt in der Prioritätenliste der Anlage zur Drucksache 2410/24 auf Platz 10. Aufgrund verschiedener Möglichkeiten zur Berücksichtigung des Vorhabens in Förderprogrammen wird von Seiten des Jugendhilfeausschusses um Auskunft gebeten, inwieweit die Sanierung des Objektes durch Fördermittel (Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ bzw. Modellvorhaben Südost) vorgesehen ist und wann ggf. eine Umsetzung erfolgen könnte.</p> <p>T: 27.03.2025 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit bzw. ab 01.03.2025 Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend</p>
-------------------------------	---

Weiterhin erkundigte sich Frau Pleitz (Vertreterin des Stadtjugendrings Erfurt) nach der Methodik zur Ermittlung des Rankings sowie der Beteiligung der Jugendhäuser im Rahmen von Sanierungsvorhaben gemäß den Qualitätsstandards.

Stellungnehmend ging Herr Ott (Leiter des Amtes für Gebäudemanagement) auf die stichprobenartigen Begehungen sowie Prüfungen im Bereich der Bausubstanz, Elektroanlagen, Heizungs-, Lüftungs- und Sanitäreinrichtungen und möglicher Außenanlagen ein. Auf der Grundlage des Baukostenindex wurden die Baupreise auf die Gesamtfläche hochgerechnet.

Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) fügte an, dass eine Personalstelle für die Koordination der Bedarfe der Träger und den Austausch mit dem Amt 23 zur Verfügung steht.

In der Folge erging folgende Festlegung des Ausschusses:

Drucksache 0604/25	<p>Es wurde um Darstellung gebeten, welche Jugendhäuser im Rahmen der Erstellung der Prioritätenliste durch einen Vor-Ort-Termin angesehen wurden und auf welcher methodischen Grundlage diese in ihrem Finanzierungsumfang bewertet wurden. Weiterhin wurde hinterfragt, ob sich die Inaussichtstellung von Fördermitteln verwaltungsseitig auf die Abarbeitung des Rankings auswirkt. Hinsichtlich der laufenden Bauunterhaltung wird um Erläuterung gebeten, welches Mitspracherecht den Trägern der Jugendhäuser dabei eingeräumt wird.</p> <p>T: 27.03.2025 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit; Beigeordneter für Bau und Verkehr bzw. ab 01.03.2025 Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend; Beigeordneter für Bau und Umwelt</p>
-------------------------------	--

Abschließend erläuterte der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, die fachliche und politische Bedeutung der Prioritätenliste für die weiteren Bearbeitungs- und Begleitungsprozess. In diesem Zusammenhang gab er zu bedenken, dass eine konkrete Zeitplanung und präzise Kostenschätzungen fehlen, diese aber in der Vergangenheit berechtigterweise zu unerfüllbaren Erwartungen in den Zielgruppen führten. Infolgedessen greife sein Änderungsantrag den Automatismus zur Evaluation der Prioritätenliste im Zuge der Haushaltsplanungen und die Streichung eines generellen Vorbehaltes hinsichtlich der Personallage auf. Damit können u. a. auch Veränderungen in den Planungsräumen, Bedarfslagen und Förderprogrammen berücksichtigt werden.

Diesbezüglich wendete Herr Ott (Leiter des Amtes für Gebäudemanagement) ein, dass aus Kapazitätsgründen keine umfassende jährliche Fortbeschreibung für alle Objektkategorien erfolgen kann, lediglich eine Anpassung der Kennzahlen in den Prioritätseinrichtungen. Des Weiteren sei bei fachpolitischen Änderungen der Rangfolge ein entsprechender Planungsvorlauf einzukalkulieren bzw. bereits begonnene Planungen abzuschließen.

Nachdem die Debatte erschöpft war und weitere Anträge ausblieben stellte der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, zunächst den Änderungsantrag in Drucksache 0562/25 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Damit wurde der Änderungsantrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses bestätigt. Die Abstimmung über die Drucksache 2410/24 erbrachte folgendes Ergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

bestätigt mit Änderungen

7.2.1. Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 2410/24 - Prioritätensetzung Sanierung Jugendhäuser 0562/25

siehe Tagesordnungspunkt 7.2

Anschließend wurde mit dem Tagesordnungspunkt 7.4 fortgefahren.

bestätigt

7.3. Aktionsplan Kinderarmut

2524/24

BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend
und Gesundheit**

Wie unter Tagesordnungspunkt 2 – Änderungen zur Tagesordnung – bestätigt, wurde die Drucksache ebenfalls vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 7.1 aufgerufen.

Durch Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde zunächst das Rederecht für den Vertreter des Vereins DIE BUNTEN SCHAFE e. V. beantragt, welches ohne Widerspruch erteilt wurde.

In ihrem Eingangsstatement erörterte Frau Wuttig (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Themenschwerpunkt Kinderarmut im Allgemeinen sowie die Problemlagen in der Landeshauptstadt im Besonderen. Angeführt wurden in erster Linie die Großwohnsiedlungen im Norden und Südosten, in denen circa die Hälfte der Kinder aus einem Elternhaus stammen, das auf Sozialleistungen angewiesen ist. Sie verwies auf die vielfältigen Ursachen, die materielle sowie immaterielle Benachteiligungen bei Kindern hervorrufen, und sprach sich nachdrücklich für eine Priorisierung in Form eines Aktionsplanes aus. Frau Wuttig lobte, dass nach Rücksprache mit dem Institut für kommunale Planung und Entwicklung e. V. sich bereits mit dem Themenfeld „Präventionsketten“ auseinandergesetzt wird, um aufeinander abgestimmte Konzepte zu entwickeln.

Der Vertreter des Vereins DIE BUNTEN SCHAFE e. V. stellte den Verein und das Kernprojekt „Pausi“ vor, bei dem Kinder aus den kreisfreien Städten Erfurt und Jena, die in der Grundschule über keine Pausenversorgung verfügen, ein gesundes Frühstück erhalten. Die Finanzierung des Vereins erfolge ausschließlich über Spendenmittel.

Frau Fischer (Vertreterin der Fraktion CDU) schloss sich der in der Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Sprache gekommenen Auffassung an und betonte, dass Kinderarmut schwerpunktmäßig als fachpolitische Herausforderung in den Förderplänen des Jugendhilfeausschusses Ausdruck verliehen wird. In diesem Zusammenhang regte sie eine tiefgründige Debatte im Rahmen der Prozessfindung zur integrierten Jugendhilfeplanung an.

Anhand der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Dezernat für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit und dem Institut für kommunale Planung und Entwicklung e. V. erläuterte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) die verwaltungsseitigen Anstrengungen gegen Kinderarmut. Dabei werden in einem Steuerungsgremium unter wissenschaftlicher Begleitung bisherige Lösungsansätze reflektiert und gezielte Maßnahmen erarbeitet.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, erinnerte an § 1 SGB VIII mit dem vordergründigen Auftrag Benachteiligungen für junge Menschen, ungeachtet der sozialen und finanziellen Herkunft, abzubauen. Eine singuläre Debatte in einzelnen Unterausschüssen bzw. eine Betrachtung mittels Auslegung der Förderpläne werde der Wichtigkeit des Themas nicht gerecht. Nach Abwägung der Argumente für bzw. gegen einen entsprechenden Aktionsplan sprach sich Herr Mroß analog des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) für die Synchronisation der für sich alleinstehenden Förderpläne sowie die Schaffung neuer Räume und Formate zur Beteiligung von Erfurterinnen und Erfurtern sowie Vereinen und Verbänden aus.

In der anschließenden Diskussion befürwortete Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) den Antragsinhalt und die separate Betrachtung der Angelegenheit in den Verwaltungseinheiten, während Frau Trautwein (Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt) den Vorschlag von Herrn Mroß bekräftigte, den Herausforderungen in einem geeigneten Rahmen Rechnung zu tragen.

Frau Wuttig (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmte der Anregung von Herrn Mroß (Ausschussvorsitzender) zur Vertagung der Drucksache zu.

Weiterhin erachtete Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Vorstellung der Arbeitsergebnisse im Rahmen der „Präventionsketten“ durch das Institut für kommunale Planung und Entwicklung e. V. für sinnvoll.

Wie der Referent des Dezernats für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit betonte, dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass sich erstmalig mit den Präventionsketten befasst würde. Bereits seit vielen Jahren existieren entsprechende Elemente in der Landeshauptstadt. Es gehe primär darum, diese zu vernetzen und sichtbar zu machen.

Nachdem die Debatte erschöpft war, bat der Vorsitzende, Herr Mroß, um Abstimmung über den Vertagungsantrag in Verbindung mit der Einladung der Vertreter des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung e. V.

Abstimmungsergebnis

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Anschließend wurde mit dem Tagesordnungspunkt 4 fortgefahren.

vertagt

7.4. Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk "Kinderfreundliche Kommunen" 0416/25
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Die Drucksache wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.2 aufgerufen.

Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte voran, dass dem Einreicher die vielfältigen Angebote zur Kinder- und Jugendbeteiligung bekannt sind. Im Rahmen des Netzwerkes soll eine Bestandsaufnahme zur Bekanntmachung der verschiedenen Akteure und Anlaufstellen mit dem Ziel einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit sowie allgemeinen Außenwirkung beitragen. Zudem kann die Stadt Unterstützungsleistungen durch Sachverständige und Kooperationspartner in Anspruch nehmen.

Der zuständige Vertreter des Jugendamtes verwies auf die Ausführungen in der Stellungnahme und merkte an, dass die Verwaltung Hinweisen zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit grundsätzlich offen gegenübersteht. Weitere Netzwerke mit anderen Thüringer Kommunen wurden bereits im Zeitraum zwischen 2020 und 2022 durch die „Landesstrategie Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen“ entwickelt. Die verwaltungsseitigen Bestrebungen mündeten u. a. in der Schaffung einer Stabsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung im Dezernat für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit.

Ergänzend führte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) die Implementierung von Beteiligungsprozessen in anderen Städten an. Der lokalen Funktionsweise wohne ein beispielgebender Charakter inne. Weitergehende Synergien seien wünschenswert, hierbei müsse aber das Kosten-Nutzen-Verhältnis, die Fokussierung auf bisherige funktionale Kooperationen und die Bindung weiterer finanzieller und personeller Ressourcen, auch über den Gebührenanteil hinaus, im Auge behalten werden.

Aus Sicht des Ausschussvorsitzenden, Herr Mroß, sei die Drucksache in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig. Im Vergleich zu anderen Städten habe sowohl die Trägerlandschaft als auch die Jugendhilfeplanung in Erfurt Vorbildwirkung. Demgemäß sei wie im Änderungsantrag formuliert, ein Prüfauftrag denkbar, um festzustellen, welchen Mehrwert ein Netzwerkbeitritt tatsächlich haben könnte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit wurde über die Drucksache in Fassung des Änderungsantrags in Drucksache 0561/25 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja 5 Nein 3 Enthaltung 6 Befangen 0

bestätigt mit Änderungen

- 7.4.1. Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 0416/25 - Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk "Kinderfreundliche Kommunen" 0561/25

siehe Tagesordnungspunkt 7.4

bestätigt

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.01.2024 zum TOP 7.1 (Drucksache 2765/23) - Abschaffung des Einsatzes von Eigenmitteln gemäß Förderrichtlinie (...) - hier: Überarbeitung der Förderrichtlinien im Bereich der Jugendhilfe 0172/24
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Die Drucksache wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.1 behandelt.

zur Kenntnis genommen

9. Informationen

- 9.1. Anfrage zu den Verpflegungspauschalen der Träger 2078/24
Fragesteller: Frau Reißig Cajamarca, beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Der Vorsitzende, Herr Mroß, legte dar, dass die Drucksache bereits in der Sitzung am 14.11.2024 aufgerufen wurde. Zu dieser lag nur eine Zwischenantwort vor. Bezüglich der Stellungnahme hat die Fragestellerin eine schriftliche Nachfrage eingereicht, die mündlich beantwortet werden soll. Darüber hinaus könne sich der Stadtelternbeirat jederzeit im bilateralen Austausch an das Jugendamt wenden.

Mit Blick auf die erhebliche Preisspanne bei den Verpflegungspauschalen hinterfragte der Vertreter des Stadtelternteilbeirates, Herr Keske, die Hintergründe und die Finanzierungstransparenz. Vor diesem Hintergrund appellierte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) an die Träger mit den Elternvertretern ins Gespräch zu kommen, um die Kosten der Verpflegung sowie der Vor- und Nachbereitung schlüssig aufzuzeigen.

Weitere Nachfragen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

9.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.) BE: Leiter des Jugendamtes

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, informierte, dass in der Stadtratssitzung am 22.01.2025 mit dem Beschluss zur Drucksache 2497/24 Frau Hofmann-Domke als hauptamtliche Beigeordnete für den Schwerpunkt Soziales wiedergewählt wurde.

In der Sitzung am 12.02.2025 wurde neben der Drucksache 1666/24 – 1. Nachtragshaushalt 2025 einschl. Finanzplanung bis 2028 – die Drucksache 0180/25 – Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds der Caritas und dessen Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss – (Mitglied: Herr André Oschmann; Stellvertreterin: Frau Hiltrud Liedtke) beschlossen.

Herr Mroß (Vorsitzender) ergänzte die Ausführungen mit Bezug auf die Drucksachen 2395/24 – Schaffung und Nutzung von StreetArt-Flächen als Lern- und Kreativflächen für junge Menschen – und 2394/24 – Konzept zur Durchführung von Sommerkinos auf dem Erfurter Petersberg –, die ebenfalls beschlossen wurden. Dabei lobte er insbesondere die Beteiligung des Schülerparlamentes.

9.3. Sonstige Informationen

Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) erinnerte an die Zusage zur Vorlage der Antragsübersicht zum Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“. Nach ihrer Auffassung ist eine Auflistung vor Erhalt des abschließenden Fördermittelbescheides erstrebenswert, um Kenntnisse über die Möglichkeiten zur Ausfinanzierung des Familienförderplanes zu erhalten.

Der Referent des Dezernats für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit begründete dies mit laufenden Gesprächen mit dem zuständigen Ministerium. Aufgrund der Ablehnung einzelner Antragsbestandteile wurde die Stadtverwaltung zur Einreichung eines Änderungsantrags aufgefordert, der sich derzeit in der Ämterabstimmung befindet. Ferner befindet sich ein Antrag zur Ausreichung von Abschlagszahlungen in Vorbereitung.

Im Ergebnis der Diskussion legte der Vorsitzende, Herr Mroß, Folgendes fest:

Drucksache 0605/25	<p>In der Folge der Information von Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) wurde darum gebeten, dass die im Rahmen der Antragstellung zum Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (kurz: LSZ) bei der Stadtverwaltung eingegangenen Anträge für das Förderjahr 2025 und der beim zuständigen Ministerium des Freistaates Thüringen eingereichte Förderantrag, deren Bestandteile die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses betreffen, in einer Projektübersicht dem JHA zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.</p> <p>T: 27.03.2025 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit bzw. ab 01.03.2025 Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend</p>
-------------------------------	--

Da keine weiteren Informationen vorlagen, beendete der Vorsitzende, Herr Mroß, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. Möller
Schriftführer